

Erschienen am: 25.05.2007

Regierung schert sich einen Dreck um Atommüll

Zoom AKW-Abfälle. Wohin mit dem Müll, der in Würenlingen zwischenlagert? Foto Keystone

MICHAEL ROCKENBACH

Die Kantonsverfassung verpflichtet zum Widerstand gegen ein Atommüll-Endlager. Das stand für die Basler Behörden fest. Die Baselbieter kamen zu einem anderen Schluss. Obwohl auch ihre Verfassung einen Atomschutzartikel enthält.

Die Nationale Genossenschaft für die Lagerung Radioaktiver Abfälle (Nagra) hat neben dem Zürcher Weinland auch den Bözberg und den Jurasüdfuss östlich von Solothurn ins Visier genommen. Im tönernen Untergrund dieser Gebiete, rund 500 Meter unter der Erdoberfläche, könne der Atommüll für alle Zeiten sicher entsorgt werden, sagen die Experten der Nagra.

Doch die Basler Regierung glaubt ihnen nicht. In der Vernehmlassung zur Standortauswahl hat sie dem Bund klar gemacht, dass sie von einem Endlager in der Nord- und Nordwestschweiz nichts hält. «Wir können nicht ausschliessen, dass ein Endlager unsere Bevölkerung gefährdet. Deshalb müssen wir uns gegen den Bau wehren», sagt André Herrmann, Leiter Gesundheitsschutz, der die Stellungnahme der Basler Regierung vorbereitet hat. Die Atommüll-Fässer könnten aufquillen und leckschlagen, befürchtet er. Selbst eine Deponie im weit entfernten Zürcher Weinland könnte Basel gefährlich werden, sagt Herrmann: «Falls der Rhein im Laufe der Jahrhunderte verstrahlt wird, haben unsere Nachkommen ein ganz anderes Problem als wir heute mit der Trinkwasseraufbereitung in der Nähe der Muttenzer Chemiemülldeponien.»

Schneider entschied. Weniger Sorgen macht sich die Baselbieter Regierung. Sie hat sich mit der Suche nach einem Endlager gar nicht befasst. Baudirektorin Elsbeth Schneider (CVP) verfasste die Vernehmlassungsantwort an das Bundesamt für Energie im Namen der Bau- und Umweltschutzdirektion. Dabei war mit Spannung erwartet worden, wie sich die bürgerlich dominierte Regierung zu Atomfragen stellt. Elsbeth Schneider (CVP), Sabine Pegoraro (FDP), Adrian Ballmer (FDP) und Erich Straumann (SVP) gelten ebensowenig wie die beiden angehenden Regierungsräte Jörg Krähenbühl (SVP) und Peter Zwick (CVP) als atomkritisch. Gemäss Verfassung hätten sie aber den Auftrag, sich gegen die Kernenergie zu stellen. Und gegen Endlager: «Der Kanton (...) wirkt darauf hin, dass auf dem Kantonsgebiet oder in der Nachbarschaft keine Lagerstätten für mittel- und hochradioaktive Rückstände errichtet werden.»

Elsbeth Schneider verzichtete in ihrer Antwort aber auf einen Hinweis auf die Verfassung. Und auch zur Standortfrage äusserte sie sich mit keinem Wort, wie Hans-Georg Bächtold, Leiter Amt für Raumplanung in der Baudirektion, sagt. Einen Widerspruch zur Verfassung sieht Bächtold darin nicht: «Gegenstand der Vernehmlassung waren nicht potenzielle Standorte, sondern Konzept und Methodik des Verfahrens.» Dazu habe sich Elsbeth Schneider geäussert, indem sie forderte, dass die Sicherheit bei der Standortauswahl oberste Priorität haben müsse. Zudem verlangte sie, dass das Verfahren von einem unabhängigen Expertengremium überprüft werde. Anders als die Baselbieter gewichteten die Basler Behörden Formalitäten weniger stark, die eigene Verfassung nahmen sie dafür umso ernster. «Der Staat sorgt für eine sichere (...) und umweltgerechte Energieversorgung», heisst es darin ähnlich wie in der Baselbieter Verfassung. Für André Herrmann steht damit fest: «Wir müssen uns möglichst früh gegen neue Atomkraftwerke und ein Endlager in unserem Umfeld positionieren.»

Die Ausnahme. Quer in der Landschaft steht das Baselbiet mit seiner ausweichenden Stellungnahme der Baudirektion nicht nur im Vergleich mit Basel. In Solothurn, Aargau und Zürich haben die Regierungen eine Antwort verabschiedet und den Inhalt in Mitteilungen publik gemacht. Die Baselbieter Baudirektion schwieg sich über ihre Haltung dagegen bis zur Nachfrage der baz aus.

Und wie Basel nutzten auch die potenziellen Standort-Kantone die Vernehmlassung, um Politik in eigener Sache zu machen. Die Solothurner Regierung sprach sich gegen ein Endlager im eigenen Kanton aus. Ähnlich die Zürcher Regierung. Sie forderte, dass die Standortsuche nicht auf die Gebiete mit Opalinuston beschränkt werde.

Eine andere Politik verfolgt die atomfreundliche Aargauer Regierung. Sie fordert ein möglichst grosses Endlager, das auch den Müll neuer AKW aufnehmen könne. Zur Standortfrage sagte der Aargauer Regierungsrat nichts. Er verlangte aber, dass die Kantonsvertreter bei der Auswahl möglichst viel

mitreden können. Begründung: Den Standortentscheid könne der betroffene Kanton gegenüber der Bevölkerung «nur dann glaubwürdig vertreten, wenn er daran mitgewirkt hat».

Wegen solcher Aussagen sind Energiepolitiker im Bundeshaus überzeugt, dass der Atom-Kanton Aargau politisch der ideale Standort für ein Endlager wäre. In allen anderen Gebieten rechnen sie mit massivem Widerstand. Die Zürcher CVP-Nationalrätin Kathy Riklin zum Beispiel sagt: «Im Aargau ist die Akzeptanz sicher grösser als anderswo.» Nur scheint das die Baselbieter Regierung bis jetzt nicht zu interessieren.

Bundesrat fällt Grundsatzentscheid

LANGESUCHE. 110000 Kubikmeter radioaktiver Abfall wird in den bestehenden Schweizer AKWbis Ende ihrer Laufzeit anfallen. Geplant ist, dass er in der Schweiz in einem Lager für hochaktive und einem zweiten für schwach- und mittelaktive Stoffe gelagert wird. Beide Deponien könnten unterirdisch an einem oder zwei Standorten gebaut werden. Ein Export des Abfalls ist laut Kernenergiegesetz nur als Ausnahme unter sehr strengen Voraussetzungen möglich.

Diesen Sommer oder Herbst wird der Bundesrat den Sachplan verabschieden, der die Kriterien für die weitere Standortauswahl definiert. Eine Rolle spielen dabei auch raumplanerische Fragen: Wie gut muss ein Endlager erschlossen sein? Darf es in der Nähe grösserer Siedlungen errichtet werden? Auch die Frage nach der Entschädigung der Standortgemeinden und -kantone muss der Sachplan behandeln.

BIS2012. Den Grundsatzentscheid, dass der Bau von Endlagern in der Schweiz möglich ist, hat der Bundesrat im vergangenen Jahr gefällt. Jetzt prüft die Nagra Gebiete in der geologischen Schicht des Opalinustons genauer. Diese Tonsteinschicht hat gemäss Nagra eine sehr geringe Durchlässigkeit und sei für die «Rückhaltung von radioaktiven Stoffen» günstig. In dem mehrstufigen Verfahren will das Bundesamt für Energie mit der Nagra bis 2012 einen Standort für hochaktive Abfälle und allenfalls einen weiteren für schwach- bis mittelaktive Abfälle auswählen. Die Bewilligung erteilen Bundesrat und Parlament, das letzte Wort hat im Falle eines Referendums das Volk. Bereit stehen soll das Tiefenlager bis 2040.

> www.entsorgungsnachweis.ch

© 2007 National Zeitung und Basler Nachrichten AG